

BEGRÜNDUNG

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 57 - Ganderkesee

GRUNDLAGEN UND URSACHEN DER ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES

Der Bebauungsplan wird auf Grund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der zur Zeit geltenden Fassung in Verbindung mit den §§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. Teil I, S. 2256) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Fassung vom 26. November 1968 (BGBl. Teil I, S. 1237) geändert.

Nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist die Errichtung von Nebenanlagen im Sinne des § 14 der Baunutzungsverordnung und von Nebengebäuden auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen nicht ausgeschlossen. Daher ist zu befürchten, daß das von der Reihenhausbauung geprägte Siedlungsbild durch den Bau von Nebengebäuden in den Gärten negativ beeinflusst wird. Dabei ist auch von erheblicher Bedeutung, daß dort seit Inkrafttreten der Niedersächsischen Bauordnung Nebengebäude bis zu 15 cbm Rauminhalt ohne Bauerlaubnis und ohne Anzeigepflicht errichtet werden dürfen, also ohne bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Kontrolle.

Um die vorhandene städtebauliche Situation nicht zu verschlechtern, ist die Änderung des Bebauungsplanes mit dem Ziel erforderlich, daß die oben beschriebenen Nebenanlagen und Nebengebäude auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig sind.

Durch diese Änderung des Bebauungsplanes wird die Höhe der Erschließungskosten nicht berührt.

Ganderkesee, den 22. Dezember 1977

f. Imku

Denker
Bürgermeister



Huhs

Huhs
Gemeindedirektor

Diese Begründung hat gemäß § 2a (6) des Bundesbaugesetzes vom 04.01.1978 bis 06.02.1978 öffentlich ausgelegen.

Ganderkesee, den 20. Juni 1978



Huhs

Huhs
Gemeindedirektor

